

Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas.

Von Gustav Schmoller.

Berlin, im März.

1.

Die politische Vereinigung ursprünglich getrennter Gebiete und Staaten ist meist älter als ihr Zusammenschluß zu einem einheitlichen Handels- und Zollsystem. Bis 1791 zerfiel der am meisten zentralisierte europäische Staat, der französische, in verschiedene Zollgebiete. Die Vereinigten Staaten hatten bis 1789, die Schweiz bis 1850 getrennte Zolleinrichtungen; Großbritannien und Schottland fehlten im siebzehnten Jahrhundert, England und Irland noch im achtzehnten die Handels- und Zolleinheit; Oesterreich-Ungarn erhielt sie erst 1851, Rußland-Polen 1850, Italien 1860 bis 1866. In Deutschland ist umgekehrt der Zollverein langsam 1828 bis 1851 entstanden, das einheitliche Reich erst 1867 bis 1871. Auch die kanadischen, südafrikanischen und australisch-englischen Kolonialstaaten standen lange unter der einheitlichen englischen Herrschaft, ehe sie durch Handels- und Zolleinigungen zusammenwuchsen und als Gesamtstaaten wirtschaftlich sich einigten.

So ist der deutsche Zollverein eigentlich die einzige erhebliche Ausnahme von der historischen Regel, daß die politische der Handelseinigung vorauszugehen pflegt. Die Ursache ist eine einfache: eine gemeinsame Handels- und Zollverfassung ist so sehr bedingt von politischen Einheitsstendenzen, von einheitlichen Machtverhältnissen, von einheitlichen politischen Gefühls- und Interessementen, daß nur unter ausnahmsweise günstigen Voraussetzungen einmal ein Zollverein wirklich selbständiger Staaten gelingen kann.

Im neunzehnten Jahrhundert sind in Europa außer dem deutschen Zollverein alle Anläufe zu Ähnlichem mißlungen. So vor allem in den Jahren 1878 bis 1890 die von Molinari, Brentano, R. Kaufmann, Graf Paul de Lesse, Guido v. Bauffern vorgelegten Pläne, die mitteleuropäischen Staaten zu einem Handelsbunde gegen das maßlose Hochschutzzollsystem der Vereinigten Staaten zusammenzufassen. Aber auch der einzige erste Anlauf zu einem Zollbunde zwischen zwei großen Staaten, nämlich der zwischen dem Zollverein und Oesterreich-Ungarn (1853 bis 1865), ist im ganzen gescheitert, hatte sich nicht so eingelebt, daß ihn nicht die freihändlerische internationale Welle von 1860 bis 1865 wieder weggespült hätte. Es war ein Zollbund, der eine Anzahl Rohstoffe, Fabrikmaterialien, Fabrikate von geringem Werte, gegenseitig vom Zoll befreite, andere um 25 bis 50 Prozent des sonst gültigen Zolles herabsetzte, gegenseitige Durchfuhrfreiheit und ein Zollkartell (gemeinsame Verfolgung des Schmuggels) bot. Er konnte keine großen Resultate volkswirtschaftlicher und politischer Verschmelzung haben, weil er Preußen durch das politische Uebergewicht des damaligen Oesterreichs aufgezwungen war, weil nach dem baldigen Tode von Minister Schwarzenberg und Minister Bruck die treibenden Männer fehlten und weil in Oesterreich selbst die Schutzöllner ihn nur ungern angenommen hatten; die österreichische Regierung hat seine geplante Fortbildung zur vollen Zolleinigung 1858 bis 1862 nicht ernstlich verfolgt. Bismarck war schon 1852 Gegner des Verbandes gewesen. Er sagt in den „Gedanken und Erinnerungen“ (I., 85 bis 86), wo er seine Wiener Mission von 1852 schildert, er habe weder damals noch später die Zolleinigung für ratsam gehalten, betont dabei die Verschiedenheit des Konsums der verzollten Artikel und die Verschiedenheit der Zuverlässigkeit der Unterbeamten. Die sinkende Baluta hemmte 1853 bis 1865 stets wieder den gegenseitigen Verkehr. Der ganz unparteiische süddeutsche Sachkenner Professor Rau („Die Krisis der Zollunion“, Archiv für politische Dekonomie, N. F. Band 10, 1853) hatte schon 1852 die Zolleinigung mit ganz Oesterreich für „untunlich“ erklärt. Als Preußen 1862 bis 1866 der mächtigere Teil geworden und den französischen freihändlerischen Handelsvertrag geschlossen hatte, mit Zollherabsetzungen, die Oesterreich zu weit gingen, mußte Oesterreich auf die Begünstigungen von 1853 verzichten; es mußte 1865 einen gewöhnlichen liberalen Handelsvertrag mit Preußen und dem Zollverein schließen. Die Illusion der kommenden Zollunion war beseitigt; der bayerische Staatsrat Weber, der Historiker des Zollvereines, fügt 1870 bei: „Die Zollunion ist wahrscheinlich für immer zu Grabe geleitet.“ („Der deutsche Zollverein. Geschichte seiner Entstehung und Entwicklung.“ Seite 448.)

Die Anläufe anderer, zumal kleinerer Staaten zu Verbindungen und Anschlüssen sind bis in die neuere Zeit nie über Projekte hinausgekommen, so der Gedanke, Holland an den Zollverein, Belgien an Frankreich anzuschließen. Der Versuch Serbiens und Bulgariens, sich 1906 zu einer Zollunion zu verbinden, ist trotz gründlicher Vorbereitung gescheitert, hauptsächlich an der energischen Bekämpfung durch Oesterreich-Ungarn.

2.

In den Jahren 1879 bis 1906 war es natürlich, daß in Deutschland und Oesterreich-Ungarn wohl mancherlei Stimmung für nähere Handelsverbindung eintrat, aber doch die Furcht vor den Schwierigkeiten der Ausführung und vor den etwa drohenden Konkurrenzschäden überwog. A. Bezé spricht 1879 noch von den unlöslichen Interessenkonflikten, die der Einigung entgegenstünden; 1889 aber waren für ihn die Gefahren der Weltreiche gegenüber Mitteleuropa so gewachsen, daß er Bund oder Zollvereinigung gegen sie erhofft; jedoch ein Zollverein von Deutschland und Oesterreich ohne Italien scheint ihm damals nicht recht möglich. (Mattekovits, „Zollpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches“, 1891, S. 855 bis 874.)

Auf dem volkswirtschaftlichen Kongreß von 1880 war der deutsche fortschrittliche Liberalismus ganz gegen die nähere Verbindung mit Oesterreich, er witterte dahinter nur Schutzzollinteressen; einige Oesterreicher versuchten vergeblich, daran zu erinnern, daß solche Vereinigung ja freiere

Bewegung erzeuge. (Mattekovits a. a. O. S. 857 bis 863.) Im Jahre 1885 meint E. v. Gaal auf dem internationalen landwirtschaftlichen Kongreß in Budapest, eine Zollunion gegen die Weltmächte sei wohl wünschenswert, aber kaum möglich.

Als dann in den neunziger Jahren die europäischen Handelsverträge sämtlich abließen und erneuert werden mußten, da trat man in Deutschland unter Caprivi an das Problem heran, die Führung in den neuen Verträgen zu übernehmen, und zwar in Verbindung mit Zollunionsgedanken. Caprivi übergab die zuerst abgeschlossenen Verträge dem Reichstag mit einer Rede, welche den Kampf der großen Weltmächte gegen die kleineren Staaten betonte. Der ultramontane Reichensperger hob die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer mitteleuropäischen Zollkoalition hervor. Der sozialdemokratische Singer sprach von einer Konstituierung der Vereinigten Staaten von Europa. Der nationalliberale Möller erklärte, Mitteleuropa müßte sich auch handelspolitisch zusammenschließen. Dr. Lieber vom Centrum sah in den Verträgen das gleiche wie Singer. Das Resultat der Verträge entsprach diesen großen Worten nicht; die Getreidezollermäßigung, durch die Deutschland der habsburgischen Monarchie entgegenkam, erzeugte eine agrarische Schutzzollbewegung ohnegleichen, weil sie zufällig mit überreichen Ernten zusammenfiel. Der Europa mißhandelnde amerikanische Dingleytarif (1896) hätte unter anderen Verhältnissen vielleicht schon damals die nähere Verbindung Deutschlands und Oesterreichs herbeigeführt. Jetzt steigerte er nur die Schutzzollagitation in beiden Reichen. Die Agrarier erklärten 1899, in Widerspruch mit ihren früheren Erklärungen, kein deutscher Agrarier habe je von einem Zollbund mit Oesterreich etwas wissen wollen. Der Zentralverband der österreichischen Industriellen meinte im selben Jahre, eine Zollannäherung sei vielleicht möglich, keinesfalls eine Zollunion. Als 1900 in Wien die Gesellschaft der österreichischen Volkswirte die Frage erörterte, war die Meinung sehr geteilt; Philippovich freilich war für ein eingeschränktes Zoll- und Handelsbündnis, aber die Betonung des Schutzzollausbaues wurde doch sehr in den Vordergrund gestellt. Vergl. über die Stimmungen und Verhandlungen 1890 bis 1900 E. Francke, „Zollpolitische Einigungsbestrebungen in Mitteleuropa“. Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Band 90, I., Seite 187 bis 272.)

Und diese Betonung erschwerte beiderseits die Erneuerung der Zollverträge zwischen den Zentralstaaten (1902 bis 1904). In Berlin hatte Bülow große Not, die extremsten agrarischen Schutzzollwünsche abzulehnen. In beiden Staaten setzten die Interessenten höhere Agrar- und sonstige Zölle durch. Zugleich wuchs der handelspolitische Gegensatz zwischen Oesterreich und Ungarn. Für 1917, den Zeitpunkt des Ablaufens der Verträge, droht seit Jahren ein Schutzzollkampf zwischen den beiden Reichshälften, eine handelspolitische Trennung derselben.